

"Wiedervereinigung" in Le Monde (29. April 2004)

Legende: Einen Tag vor der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 auf fünfundzwanzig Mitglieder widmet die französische Tageszeitung Le Monde ihren Leitartikel einem Ereignis, das bereits einen Meilenstein in der Geschichte des europäischen Aufbauwerks darstellt: der Wiedervereinigung des alten Kontinents.

Quelle: Le Monde. 29.04.2004. Paris. "Réunification", auteur:Colombani, Jean-Marie , p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/wiedervereinigung_in_le_monde_29_april_2004-de-ca0b7a30-c32c-4a20-9d98-71acc068aace.html



Publication date: 05/07/2016

Wiedervereinigung

Erweiterung? Das Wort ist unangebracht, denn fünfzehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, dem darauf folgenden Zusammenbruch des sowjetischen Reiches, fünfzehn Jahre nach der deutschen Einheit wird nun Europa wieder eins. Mit Prag, Budapest, Bratislava, Vilnius usw. findet Europa einen Teil seiner selbst wieder, dieses Stück des während des Kalten Krieges „gestohlenen Westens“, des „*occident kidnappé*“, um den von Milan Kundera geprägten Begriff zu verwenden. Der 1. Mai bedeutet also, was die Geschichte angeht, eine Wiedervereinigung und eine Wiedergutmachung.

Le Monde, die seit den 50er Jahren das europäische Aufbauwerk immer mehr oder weniger unterstützt hat, sieht diesem Moment als Bereicherung und gleichzeitig als Hommage an den bisher zurückgelegten Weg entgegen: von der Gemeinschaft für Kohle und Stahl zum Gemeinsamen Markt, von der EWG zur Europäischen Union, vom Binnenmarkt zum Euro. Dank dieser Etappen können unsere Länder heute in mehr Freiheit und Wohlstand leben, konnten unsere Gesellschaften sich öffnen und solidarischer werden. „*Frankreich ist unsere Heimat, Europa unsere Zukunft*“, hatte François Mitterrand erklärt, um das französische Bekenntnis zu einem historisch noch nie dagewesenen und unvergleichbaren Unterfangen zu bekräftigen: der in freier Entscheidung beschlossenen Zustimmung zu einer gemeinsamen Zukunft auf dem Alten Kontinent, der bis dahin dem Krieg geweiht war.

Und dennoch verläuft, kaum ist das große Werk paraphiert, alles so, als sollte es sich zwar nicht auflösen, aber zumindest eine neue Richtung einschlagen. Als müsse das unbeirrte Streben nach einer europäischen Identität mit einem integrierten politischen Raum einem Europa des Möglichen weichen, feige und weniger anspruchsvoll, weniger ehrgeizig. Muss man sich damit abfinden?

Während die Geschichte des europäischen Integrationsprozesses uns in den Augen der Welt zu einer außergewöhnlich privilegierten Region des Friedens und Wohlstands macht, wird sie von innen betrachtet sehr häufig als mühsame und undankbare Angelegenheit erlebt, als eine Abfolge ständigen Feilschens inmitten eines schmerzvollen und komplexen Prozesses der Übertragung von Hoheitsrechten. Von außen betrachtet bleibt sie nach wie vor ein Erfolg, den jeder, der Demokratie und wirtschaftlichen Fortschritt anstrebt, sich zum Vorbild nehmen muss; indem er sich diesem Versuch anschließt, in welchem Stück für Stück „*die Erfindung einer supranationalen demokratischen Gewalt*“ aufgebaut wird - um den schönen Ausdruck des europäischen Kommissars Pascal Lamy zu benutzen. Ungewissheit im Inneren, Anerkennung nach außen: Diese doppelte Wahrnehmung ist von Bedeutung.

Die Zahlen aber weisen bereits auf den Beginn einer anderen Geschichte hin. Die Union der Fünfzehn wird zu einer Union mit 25 Mitgliedern; sie wird nicht mehr elf Sprachen haben, sondern zwanzig; nicht mehr 375 Millionen Einwohner, sondern 450 Millionen an, während die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern von 2,4 auf 4,5 steigt. In der Vergangenheit beschränkten sich die Grenzen der Union auf den Westen des Kontinents, während sie künftig ein riesiges Gebiet umfassen werden: Sie tauchen ins Mittelmeer ein (mit den Inseln Malta und Zypern), grenzen über fast 2000 km an Russland und verlaufen entlang dem Balkan. Diese neue, im Osten verankerte Realität (wie die Verlegung der deutschen Hauptstadt von Bonn nach Berlin zeigt) wird nicht ohne Folgen für das europäische Vorhaben bleiben. Wer das Gegenteil behauptet, verfolgt einen Mythos.

Gestützt auf zwei große politische Strömungen – die Christ- und die Sozialdemokratie –, die neuen Schwung suchen, war die europäische Integration ein Vorhaben von sechs Ländern, die sich politisch, wirtschaftlich und sozial nahe standen. Sie wollten nach innen ein eigenes Modell schaffen, eine Mischung aus rheinischem Kapitalismus und Marktwirtschaft mit staatswirtschaftlicher Komponente nach französischem Modell – in Übereinstimmung mit der deutsch-französischen Achse –, das sich aufgrund seines protektionistischen Wesens grundlegend von dem britischen Vorhaben eines lockeren Gesellschaftsvertrags im Rahmen einer großen Freihandelszone. Sie waren bestrebt, eine einzigartige Einheit zu schaffen, die sich nach außen behaupten könnte und ein starkes Gesellschaftsmodell in ihrem Inneren böte. Es handelte sich um einen Klub, der sich die Modernität als Motor für den Wohlstand zum Ziel gesetzt hatte und der unter

dem Schutz der NATO stand, in einer Welt, die noch nicht den destruktiv-konstruktiven Gesetzen der Globalisierung gehorchte.

Zu glauben, dass dieses Vorhaben mit fünfundzwanzig Mitgliedern unverändert erhalten bleiben könnte, wo es schon mit sechs, dann zwölf und dann mit fünfzehn immer mühsamer der Fall war; zu glauben, dass es wieder zum Leben erweckt werden könne, nachdem die Etappe der „Vertiefung“, die Jacques Delors so wichtig war, übersprungen worden war, hieße, gegen Europa zu denken. Die Vorstellung eines Europas, das sich gegen die Außenwelt verschließt, während in Asien die Großmächte von morgen entstehen oder die Front des Terrorismus vorrückt, wäre ein schlechter Dienst an Europa.

Folgender besonderer Schwierigkeit müssen wir die Stirn bieten: Die Welt von morgen, die auf uns zukommt – eine multipolare Welt, mit großen Wanderbewegungen und Gewalt in all ihren Formen –, diese Welt braucht mehr Europa. Alles, was derzeit passiert, scheint im Gegenteil auf weniger Europa hinauszulaufen. Von einem Mangel an Führung über den neuen Populismus, der in den öffentlichen Meinungen zu spüren ist, bis zur jüngsten Episode: Durch ihre Ablehnung jeglicher Erhöhung der Eigenmittel des Unionshaushaltes bzw. durch deren Senkung, gaben Jacques Chirac und Gerhard Schröder möglicherweise das erste Zeichen zum Rückzug.

Jedenfalls haben sie die Ankunft der neuen Mitglieder nicht gebührend gefeiert, die nun nicht in gleicher Weise von den Strukturfonds – den Hilfen für die benachteiligten Regionen – profitieren werden, wie es bei ihren Vorgängern (Griechenland, Spanien, Irland und Portugal) der Fall gewesen war. Was gut und außergewöhnlich effizient für die einen war, wird es also nicht für die anderen sein. Welch merkwürdige Vorstellung von Europa, die die gemeinschaftliche Solidarität gerade in dem Moment zerstört, wo diese gestärkt werden müsste, um den Schock des Beitritts der Neuankömmlinge abzufangen! Und dann verlangt man von ihnen, dass sie sich der deutsch-französischen Lokomotive anschließen! Das verstehe, wer wolle ... Es ist wahr, dass in dieser Hinsicht Tony Blair ihnen in nichts nachsteht, der aufgrund taktischen Kalküls gerade wieder seine europäischen Optionen zurückgeschraubt hat. Aber Nostalgie kann uns hier kaum von Nutzen sein – angesichts der Notwendigkeit eines Europas in einer Realität, die Europa tendenziell zurückdrängt.

Europäer in einer Union mit 25 Mitgliedern zu sein, bedeutet also zunächst zuzugeben, dass das Bestreben und das Vorhaben selbst sich teilweise in ihrem Wesen ändern müssen, dass sie nicht mehr ganz die gleichen sein werden, dass sie sich von dem Traum der Gründerväter von Föderalismus und Integration entfernen werden – unter der Maßgabe, gleichzeitig ein verhängnisvolles stetiges Abdriften in eine einfache Freihandelszone zu verhindern. Dann befinden wir uns weder in der von Frankreich und Deutschland versprochenen, noch in der von Großbritannien erträumten Zukunft.

Man muss also ein vielseitiges Europa ersinnen, mit einer größeren Portion Heterogenität, in dem es nicht mehr ausreicht, die deutsch-französische Flamme am Brennen zu halten, noch nicht einmal, Großbritannien einzubeziehen, um neue Anstöße zu gewährleisten. Zweifelsohne muss man auch darauf hoffen, dass die Union im kommenden Juni eine „Verfassung“ erhält – und sei es nur wegen der starken Symbolik, die diese verkörpert. Diese Verfassung wird jedoch nichts an dieser neuen Tatsache ändern: Wie geschickt die institutionelle Maschinerie auch sein mag, im neuen Europa wird es schwieriger sein, gemeinsam zu handeln.

Die Gründerväter und all jene, die nach ihnen am meisten zu diesem einzigartigen Werk beigetragen haben – Giscard und Schmidt sowie Kohl, Mitterrand und Delors – haben geglaubt, die politische Union ergebe sich aus einer wirtschaftlichen Homogenität, aus der organisierten Konvergenz der Wirtschaftssysteme der Mitgliedstaaten. Unglücklicherweise wurde der Euro von ihren Nachfolgern nicht als Ausgangspunkt betrachtet, sondern vielmehr als Krönung erlebt. Das Gleiche gilt für den großen gemeinsamen Markt, der weniger zur politischen Integration beitrug, als man erwartet hatte. Wie soll also jetzt, mit 25 Mitgliedern und einer größeren Vielfalt als mit fünfzehn, dieses politische und verteidigungspolitische Europa geschaffen werden, das wir brauchen? Sicherlich, indem dieses Mal weniger auf die Wirtschaft und stärker auf gemeinsame Werte gesetzt wird, auf die Identität, die sich trotz der geteilten Meinungen unter den Regierungen während der Irakkrise in der europäischen Öffentlichkeit gezeigt hat – sowohl im „alten“ wie

auch im „neuen“ Europa, ob es Donald Rumsfeld gefällt oder nicht. Nur eine Wertegemeinschaft kann diesem in der Anfangsphase befindlichen Komplex, der seltsamerweise undefinierter denn je ist, einen Sinn geben.

Aber auch sich organisieren und die Bedingungen für eine allgemeine Dynamik schaffen. Damit ein Wettbewerb und ein gegenseitiges Antreiben entsteht zwischen den Ländern des gegenwärtigen „harten Kerns“ – den Mitgliedern des Eurowährungsgebietes oder des Schengen-Raumes – und denen, die in der Zukunft zum „harten Kern“ gehören wollen, das heißt die Länder, die vor allem eine gemeinsame Verteidigung anstreben. Es liegt an den Teilnehmern, Fortschritte zu machen und die Türen ihrer jeweiligen Gruppe für diejenigen offen zu halten, die sich bereit fühlen, sich ihnen anzuschließen. Mit anderen Worten: Es ist möglich, auf eine klar föderale Perspektive oder die politische Integration zu verzichten, unter der Bedingung, die Bewegung beizubehalten, das heißt, dieses innovative Unterfangen in Bewegung zu halten. So wird Europa Fortschritte machen. Zwar mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber in die gleiche Richtung.

J.-M. C.